

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1985

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1985

Ein neues Klima

– Bundeskanzler Helmut Kohl im Gespräch mit Helmut Matthies –

In Bonn ist „Halbzeit“. Die am 6. März 1983 gewählte christlich-liberale Bundesregierung wird sich in zwei Jahren erneut dem Votum der Wähler stellen. Zu Beginn seiner „Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte“ sagte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 25. April 1985:

„Von allem Anfang an war unsere Politik auch mittel- und langfristig angelegt. Sie nimmt die Herausforderungen der Zukunft an. Politik muß mehr sein als permanentes Krisenmanagement. Wir wollen die Zukunft gestalten. Die Leitgedanken dieser Politik habe ich in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 dargelegt. An diesen Zielen, an diesem Programm für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht war und bleibt unsere Arbeit auch in der Tagespolitik orientiert. Wir verwirklichen dieses Programm Schritt für Schritt.“

Der Bundeskanzler und Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands beendete seine Regierungserklärung mit einem „Dank an die Menschen unseres Landes“:

„Ihr Fleiß und ihre Energie, ihre Bereitschaft, sich im Miteinander zu bewähren und das Wohl unseres Landes zu fördern – das macht die Stärke unseres Volkes aus. Sie gibt uns die Zuversicht, daß wir die Herausforderungen zum Ende dieses Jahrhunderts bestehen werden.“

Der Chefredakteur des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz e.V. (idea), Helmut Matthies (Marburg), stellte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die nachfolgenden Fragen.

idea: Viele Christen haben 1983 die CDU/CSU gewählt, weil sie eine geistig-moralische Wende wünschten. Viele fragen sich nun: Wo ist die Wende geblieben?

Kohl: Die Koalition der Mitte, zu der sich CDU/CSU und FDP im Herbst 1982 zusammengeschlossen haben, hat die politischen Rahmenbedingungen in unserem Land entscheidend verbessert. Wir haben die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis von allen Unklarheiten befreit. Wir sind wieder zu einem berechenbaren Partner geworden und haben gerade dadurch einen Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen und zur Sicherung des Friedens geleistet.

Wir haben offen und ehrlich die Lage unseres Landes dargestellt und vom Bürger Opfer und Verzicht verlangt. Wir haben dies vor Wahlen getan und die Wähler haben diese Haltung honoriert. Dieser Mut zur Wahrheit ist zu einer starken Antriebskraft für ein neues geistiges Bewußtsein in unserem Gemeinwesen geworden. Denn die Opfer haben sich erkennbar gelohnt: Die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Gesundung unseres Landes konnten geschaffen werden. Heute sehen wir den Erfolg: Es geht wieder aufwärts – nicht nur wirtschaftlich. Unsere Politik gegen Angst und Mutlosigkeit hat ein neues Klima herbeigeführt. Umfragen weisen nach, daß die Bürger der Bundesrepublik Deutschland heute wieder der Zukunft mit neuer Zuversicht entgegensehen. Unsere Mitbürger haben verstanden, daß unsere Politik vor allem das Ziel verfolgt, ihren Freiheits- und Entscheidungsraum zu sichern und zu vergrößern. Das setzt voraus, daß der Staat seine Tätigkeit wo immer möglich begrenzt. Der Einzelne gewinnt so mehr Freiheit und Verantwortung für sich und für die, die auf ihn angewiesen sind. So wie wir in der Außenpolitik die Idee der Freiheit mit der des Friedens wieder eng verknüpft haben, so verbinden wir in der Innenpolitik die Idee der Freiheit mit der Herausforderung der Verantwortung. Dem Egoismus, wie er in den 70er Jahren



amtlich gefördert wurde, stellen wir das Leitbild verantworteter Freiheit entgegen, die menschliche Bindung und geistige Orientierung ermöglicht. Deshalb ist die Familienpolitik Kernstück unserer Arbeit. Wir haben wichtige familienpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Damit soll Männern, Frauen und Kindern mehr Geborgenheit ermöglicht werden; denn die Familie ist die wichtigste Einrichtung menschlicher Gemeinschaft, und sie soll es bleiben. Mit dieser Politik schaffen wir die Voraussetzung, um die Entfremdung der Menschen in einer anonymen Gesellschaft überwinden zu helfen.

Wir haben die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs gebracht. Dies ist nicht ohne Auswirkungen auf das geistige Klima in unserem Land geblieben. Ich stelle fest, daß die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat gewachsen ist, weil der Staat insgesamt wieder zustimmungsfähiger geworden ist. Das gilt, wie Umfragen zeigen, auch endlich wieder für junge Menschen.

idea: Christen fragen sich, warum eine christlich geführte Regierung nicht mehr gegen die Abtreibung unternimmt, sowohl gesetzlich als auch dadurch, daß die wirtschaftliche Situation von Familien verbessert wird, so daß einer sozialen Indikation die Grundlage entzogen wird.

Kohl: Die alte Bundesregierung hatte sich in den 70er Jahren voll auf eine Veränderung des Strafrechts konzentriert, gleichzeitig aber nichts unternommen, um die soziale Situation schwangerer Frauen und ihrer Angehörigen zu verbessern. Wir gehen dagegen den umgekehrten Weg und stellen in einer Größenordnung von zehn Milliarden DM Mittel für eine neue Familienpolitik zur Verfügung, die die größte Verbesserung für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Wir wollen erreichen, daß keine Frau, keine Familie in eine soziale Notlage gerät, weil ein Kind erwartet wird. Neben der Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ sind zahlreiche Maßnahmen für die Familien vorgesehen: Erhöhung der Kinderfreibeträge, Kindergeldzuschlag, Erziehungsgeld, Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, Verbesserung des Baukindergeldes, Wiedereinführung des Kindergeldes für Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Auch wenn diese Maßnahmen zum Teil erst 1986 wirksam werden, so schaffen sie dennoch schon heute ein besseres Klima für Familien und Kinder. Und dieses ist entscheidender als juristische Regelungen wie der Paragraph 218.

Die gegenwärtige Gesetzesregelung geht von der Überlegung aus, daß Frauen, die sich in einem schweren seelischen Konflikt für die Abtreibung entscheiden, nicht noch zusätzlich mit Strafe bedroht werden sollen. Das Gesetz bedeutet – und das wird oft nicht zur Kenntnis genommen – keine Billigung des Schwangerschaftsabbruchs. Aber das Gesetz anerkennt, daß es Lebenssituationen von schier verzweifelter Ausweglosigkeit gibt. Mit vielen Fachleuten

aus den Kirchen bin ich der Auffassung, daß der Kampf gegen die Abtreibung weniger mit juristischen Mitteln erfolgreich geführt werden kann als durch eine Veränderung der sozialen Bedingungen und des geistigen Klimas. Wir müssen alles tun, um die Bundesrepublik Deutschland zu einem kinderfreundlichen Land zu machen. Dann wird die dramatisch hohe Zahl der Abtreibungen schnell zurückgehen.

Nichts für die Armen?

idea: Kritiker der Regierung behaupten, daß Sie für die Reichen viel, für die Ärmern wenig tun. Einerseits werden die Kürzungen für Schwerbehinderte und Auszubildende, für Mutterschafts- und Arbeitslosengeld mit leeren Kassen und Sparzwang begründet. Auf der anderen Seite sind die Diäten erhöht worden und den deutschen Landwirten werden mehr Subventionen als bisher gezahlt. Warum wird so verfahren?

Kohl: Es wird heute von niemanden mehr bestritten, daß es keine Alternative zu unserer Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung gibt, um die soziale und wirtschaftliche Krise zu überwinden, die uns unsere Vorgänger hinterlassen hatten. Heute sehen wir, daß die vorübergehenden Einschränkungen sich tatsächlich gelohnt haben. Alle, die sich stets über „zu wenig“ beklagen, sollten sich einmal vor Augen halten, daß es in Europa kein anderes Land gibt, das mehr für Sozialleistungen ausgibt als wir in der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Legislaturperiode werden die Sozialleistungen um insgesamt 19 Prozent ansteigen; zusammen mit der niedrigen Inflationsrate entlarven diese Fakten das Gerede vom Sozialabbau als unverantwortliche Polemik.

Eine umgekehrte Entwicklung haben wir bei den Abgeordnetendiäten gehabt. Zwischen 1977 und 1984 sind die Durchschnittseinkommen in Industrie und Handel um bis zu 45 Prozent angestiegen. In der gleichen Zeit wuchsen die Entschädigungen für die Abgeordneten nur um 4,26 Prozent. Wenn man diese beiden Zahlen gegenüberstellt, bleibt kein Platz mehr für neidvolle Betrachtungen.

Die Hilfen, die wir für unsere Landwirte beschlossen haben, können nicht als einseitige Besserstellung bezeichnet werden. Die Agrarbeschlüsse der EG vom März 1984 haben zu erheblichen finanziellen Verlusten für die Landwirte geführt, die sich letztlich auch negativ auf die Gesamtwirtschaft ausgewirkt hätten. Hier mußte im Interesse gesamtstaatlicher Verantwortung geholfen werden.

Unsicherer Frieden?

idea: Die Friedensbewegung hatte und hat ihren Rückhalt vor allem im evangelischen Bereich. Aus Teilen der evangelischen Kirche kam die schärfste Kritik an der Nachrüstung. Unter

anderem hieß es, dadurch werde der Dialog zwischen den Großmächten unmöglich gemacht und ein neuer Krieg heraufbeschworen. Macht Ihre Politik den Frieden unsicherer?

Kohl: Wir haben trotz der Agitation des Ostblocks, trotz des politisch-publizistischen Drucks in der Bundesrepublik, trotz des Drucks der Straße und trotz des Wortbruchs der SPD konsequent am NATO-Doppelbeschluß festgehalten. Damit wurde das westliche Bündnis gestärkt und der Friede in Freiheit gesichert. Der Wiederbeginn der Genfer Abrüstungsgespräche bestätigt die Richtigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der von mir geführten Bundesregierung.

Deutsche Frage bleibt aktuell

Idea: Die deutsche Frage ist wieder im Gespräch. Ist Ziel Ihrer Regierung noch der Auftrag der Verfassung, die deutsche Einheit zu fördern? Welche praktischen Schritte werden hier unternommen?

Kohl: Die deutsche Frage bleibt aktuell, weil das Bewußtsein der nationalen Einheit trotz aller staatlichen und gesellschaftlichen Trennung noch immer unversehrt und selbstverständlich ist. Diese Frage bleibt solange auf der Tagesordnung der Geschichte, bis sie durch die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen beantwortet wird. Bis dahin vertreten wir unbeirrt unseren Standpunkt, daß die deutsche Frage offen ist und auf friedlichem Wege im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden muß.

Es wird aber keine Einheit Deutschlands in Freiheit geben, wenn wir nicht die Spaltung Europas überwinden. Aufgabe der Deutschen ist es, auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Die Europäische Gemeinschaft muß hier ein Beispiel geben als Vorläufer und Vorbild für das gesamte Europa. Heute kommt es vor allem darauf an, die innerdeutschen Beziehungen zu erhalten und zu stärken, um das Bewußtsein der nationalen Einheit fortleben zu lassen und die Überwindung der staatlichen Teilung in Zukunft zu ermöglichen. Indem wir die Folgen der Teilung erleichtern, dienen wir der Einheit der Nation.

Kanzel nicht mißbrauchen

Idea: Wie beurteilen Sie die politischen Aktionen von Geistlichen und kirchlichen Verbänden? Was ist Ihrer Ansicht nach die primäre Aufgabe der Kirche und wo im politischen Bereich wünschen Sie sich einen stärkeren Beitrag der Kirche?

Kohl: Nach meiner Überzeugung hat die christliche Glaubensverkündigung ganz unbestritten das Recht, ja sogar die Pflicht, die Wirklichkeit der Welt am Anspruch des Neuen Testaments zu messen und Impulse für eine bessere Welt zu geben. Wenn die Kirchen das tun, dürfen sie aber einen gewichtigen

Unterschied nicht verwischen: Das Neue Testament verkündet den Anbruch des Reiches Gottes; seine Vollendung hingegen ist und bleibt Verheißung. Dieser Unterschied zwischen verheißener Vollkommenheit und unvollkommener Gegenwart darf nicht einfach übersprungen werden. Der absolute Anspruch der Bergpredigt kann nicht zur absoluten politischen Handlungsanweisung umgemünzt werden. Christliche Heilserwartungen dürfen nicht mit politischen Zielsetzungen verwechselt werden.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich bestreite keinem Pfarrer das Recht, eine eigene politische Meinung zu vertreten. Aber es muß erkennbar bleiben, ob der Pfarrer als Mann der Kirche oder als Privatmann spricht. Es entspricht nicht dem Auftrag der Kirche, wenn Talar und Kanzel dazu herhalten müssen, einer persönlichen Meinung größeres Gewicht zu verschaffen. Die Bekennende Kirche hat in ihrem Widerstand gegen das Dritte Reich ganz gezielt die Kanzel als Instrument eingesetzt. Schon allein, weil dies damals richtig war, kann ich heute nicht fordern, Politik habe auf der Kanzel nichts zu suchen. Das Problem liegt heute aber in der Frage: Ist das, was der Pfarrer sagt, tatsächlich die Glaubensverkündigung der Kirche oder die private Überzeugung eines einzelnen Christen? Hier müßten meines Erachtens die Kirchenleitungen stärker als bisher sicherstellen, daß die Auslegung des Wortes Gottes aus dem Konsens der gemeinsamen Glaubensüberzeugung heraus erfolgt. Damit plädiere ich nicht für Lehrzuchtverfahren, wohl aber für einen verstärkten innerkirchlichen Dialog sowie für eine deutliche und vor allem legitimierte Formulierung kirchlicher Positionen zu gesellschaftlichen Fragen.

Warum das „C“?

Idea: Herr Bundeskanzler, in der Öffentlichkeit wird bisweilen Kritik am „C“ der Unionsparteien geübt. Warum nennt sich Ihre Partei christlich, und welche Bedeutung hat für Sie das christliche Element in der Politik? Schließlich: Worin sehen Sie den Unterschied zwischen einem christlichen und einem atheistischen Politiker?

Kohl: Wer ist ein Atheist? Ich denke hier nicht an jene militanten Atheisten, die jede Form von Religiosität bekämpfen. Ich kenne viele, die sich zwar von der Kirche, ja auch von Gott innerlich losgesagt haben, die aber dennoch in ihrem Verhalten und ihren Wertvorstellungen einem bewußt als Christ handelnden Politiker in nichts nachstehen. *Ethik und Moral gibt es ganz sicher auch außerhalb des christlichen Glaubens.* Eine auf allgemeiner Humanität gründende Politik steht nach meiner Auffassung *eher in der Gefahr, in Krisen- und Belastungssituationen nicht tragfähig genug zu sein.* Die Gefahr, falschen Kompromissen und Inkonsequenzen zu erliegen, wird dann größer. Ich halte es für bezeichnend, daß starke Impulse des deutschen Widerstandes gegen

das Dritte Reich von überzeugten Christen kamen. Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer und Alfred Delp zeigen, zu welchem Mut der Glaube trotz äußerster Bedrohung befähigen kann. Immer dann, wenn es um existenzentscheidende Grundfragen geht, wünsche ich mir – eben weil ich Christ bin – Entscheidungen in der Politik, die von der Hoffnung und der Weltverantwortung des christlichen Glaubens getragen sind. Deshalb führt meine Partei das „C“ im Namen. Politik kann nur auf der Grundlage fester weltanschaulicher Grundsätze betrieben werden, wenn sie nicht im Weg und in den Zielen irren will. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Aus christlichem Glauben läßt sich zwar kein bestimmtes politisches Programm ableiten, aber der Glaube gibt uns eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik.

Die Kirchen und die CDU

idea: Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel äußerte in einem idea-Interview, die beiden großen christlichen Kirchen stünden den Sozialdemokraten näher als den christlichen Parteien. Gibt es eine zunehmende Differenz zwischen der Union und den Kirchen?

Kohl: Nein, es gibt überhaupt keine Berechtigung zu einer solchen Feststellung. Es gibt sehr wohl kritische Ratschläge von Seiten der Kirchen. Ich halte das für sehr hilfreich; es ist wichtig, daß in unserer pluralistischen Gesellschaft auch die Kirchen einen Beitrag zur Gestaltung unseres Gemeinwesens aus ihrer Sicht leisten. Aber niemand kann erwarten, daß kirchliche Positionen unmittelbar in Regierungshandeln umgesetzt werden. Im übrigen müßte der Oppositionsführer wissen, daß es eine solche Erwartung bei den Kirchen auch gar nicht gibt.

idea: Wie beurteilen Sie die Beziehungen zwischen EKD und der Bundesregierung sowie der CDU?

Kohl: Wir haben gute Beziehungen zur EKD. Die Bundesregierung wie auch das Präsidium der CDU führen mit dem Rat der EKD regelmäßig intensive Gespräche über grundsätzliche und aktuelle Fragen. So stimmen wir z. B. darin überein, daß wirtschaftliches Wachstum nicht nur zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, sondern auch zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik, des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe notwendig ist. Auch im Rahmen der weiterhin anhaltenden Diskussion über den Erhalt des Friedens in Freiheit und hinsichtlich der gegenwärtigen Debatte um die deutsche Frage hat es stets wertvolle Kontakte gegeben.

Diskriminierte Christen

idea: Was unternimmt Ihre Regierung für die inhaftierten oder diskriminierten Christen in Osteuropa?

Kohl: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in zahlreichen Deklarationen zum weltweiten Schutz der Menschenrechte bekannt. Ich nenne als Beispiele die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und die „UNO-Konvention über Menschenrechte“. Dieses Bekenntnis ist auch für die von mir geführte Bundesregierung Aufgabe und Auftrag, und darum werden wir zu Mißachtungen von Menschenrechten niemals schweigen. In der Praxis hat es sich als sinnvoll erwiesen, konkrete Einzelfälle auf diplomatischem Wege zu regeln; letztlich kommt es auf den Erfolg an, und dazu ist nicht unbedingt Publizität notwendig. Beispiele aus der jüngsten Zeit haben das deutlich gezeigt. Sie werden verstehen, daß ich mehr dazu nicht sagen möchte.

Gebete bewegen Geschichte

idea: 1983 sagten Sie auf dem CDU-Parteitag in Köln: „Es sind nicht nur Taten, es sind auch Gebete, die Geschichte bewegen.“ Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Gebet gemacht und welche Bedeutung hat für Sie die praktizierte Religiosität?

Kohl: Ich bin fest davon überzeugt, daß ein Volk, das sich in weiten Teilen von Gott abwendet und die Fähigkeit zu glauben verliert, sich zwangsläufig in Sinnlosigkeit wiederfinden wird. Verlust an Glauben bringt kein Mehr an Freiheit, sondern führt zu immer mehr Lebensangst. Wo sind bei vielen Hoffnung und Glaube geblieben, die Martin Luther einst sagen ließen: „Wenn morgen die Welt untergeht, so will ich doch heute noch meinen Apfelbaum pflanzen und meine Schulden bezahlen“? Luthers Zeit war keine Idylle. Dürer hat in jenen Tagen die apokalyptischen Reiter in Holz geschnitten, wie sie über das Land jagen: Krieg und Pest und Tod und Teufel. Angst ist Teil der menschlichen Existenz, das war immer schon so. Als Christ weiß ich, daß Politik diese Grundbedingung des Menschen nicht aufheben kann. Das ist nur im Glauben und durch den Glauben möglich. Was Politik aus christlicher Verantwortung aber kann und muß, ist der Versuch, Sicherheit zu vermitteln in der diesseitigen Existenz und den Menschen Mut und Hoffnung zu geben für ihr Leben.

idea: Wir danken für das Gespräch.

(Die Regierungserklärungen des Bundeskanzlers sind über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstr. 11, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/20 81 erhältlich.)

„Zwei Jahre Politik der Erneuerung“, lautet der Titel einer Zwischenbilanz in der Reihe „Politik-Informationen“, die ebenfalls vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung kostenlos herausgegeben wird.)

„Gästedorf“ statt „Friedensdorf“

– Militärfarrer initiiert Zeltdorf als Brückenschlag für den Frieden –

„Wenige Minuten vom Messege-
lände entfernt wird in einer beinahe
romantischen Lage unter alten
Bäumen im Nordpark ein Zeltdorf
errichtet. In 30 Schlafzelten kom-
men die Gäste des Dorfes unter“,
liest man in einem Beipackzettel
zum Programm für den Kirchentag
vom 5. bis 9. Juni in Düsseldorf.
„Der Deutsche Evangelische Kir-
chentag hat das Projekt begrüßt“,
schreibt Militärfarrer Martin Krol-
zig, der Initiator dieses „Gäste-
dorfes“, in der Einladung, die erst
nach manchen Querelen zustande-
kam. Erst drängte man Krolzig, den
ursprünglichen Namen „Friedens-
dorf“ aufzugeben. Dann sollte das
„Gästedorf“ nicht wie geplant auf
dem Düsseldorfer Standortübungs-
platz errichtet werden, weil hier die
Bundeswehr „Hausrecht“ habe
(„Kommen Feldjäger und verbieten
unerwünschte Demonstrationen?“
wurde geargwöhnt). Schließlich
verlegte man das Projekt in den
nahen Nordpark.

Eingeladen ist jeder, der bereit
ist, in einem Schlafsack zu nächtigen.
„Wer im Geiste christlicher
Brüderlichkeit und Toleranz ande-
ren zuhören, ihren Standpunkt ken-
nenlernen, Gespräche führen, Kon-
flikte diskutieren und feiern möch-
te“, der ist Militärfarrer Krolzig und
seinem Kuratorium herzlich will-
kommen. Gegen die Zusammen-
setzung des Kuratoriums kann man
kaum etwas einwenden: Da ist die
Bundeswehr vertreten durch einen
Generalmajor und einen Hauptfeld-
webel, die Evangelische Kirche im
Rheinland durch den Landesju-
gendpfarrer, den Landespfarrer für
Zivildienstleistende und den Düs-
seldorfer Superintendenten Dieter
Linz, der sich in der kirchlichen
„Friedensbewegung“ einen Namen
gemacht hat. Die Bundeswehr läßt
sich die Verwirklichung der Idee

des engagierten Militärfarrers
etwas kosten; aber ein bißchen
Werbung für die Armee wird auch
abfallen. Ein regelrechtes Dorf soll
es werden, mit Kirche und Kirch-
turm, mit Glocke und Pfarrer. Und
einen „Bürgermeister“ hat das Dorf
auch schon: Dieter Auszra ist in
Düsseldorf Kompaniechef und
langjähriges Mitglied im Gemeinde-
beirat des Evangelischen Standort-
farrers.

Dorf der Begegnung

„Das Gästedorf dient ausschließ-
lich der Begegnung“, sagt Pfarrer
Krolzig, der sich mit diesem Groß-
vorhaben von der Evangelischen
Militärseelsorge verabschiedet;
nach Beendigung seiner regulären
Dienstzeit geht er in die Polizeiseel-
sorge des Rheinlandes. Dann wird
auch dort frischer Wind wehen –
wie in der Militärseelsorge in und
um Düsseldorf. Auch das ist sicher
einmalig in der Vorbereitung des
Kirchentages: der Militärfarrer hat
sämtliche Einladungen persönlich
gedruckt. Hoffentlich kommt es zu
der Begegnung, von der der Militär-
farrer träumt.

Martin Birkenfeld

Wer alles eingeladen ist

In dem von Pfarrer Martin Krolzig
herausgegebenen Prospekt heißt
es: „Grundsätzlich ist jeder eingela-
den, der bereit ist, in einem Schlaf-
sack zu nächtigen. Wer im Geiste
christlicher Brüderlichkeit und Tole-
ranz anderen zuhören, ihren Stand-
punkt kennenlernen, Gespräche
führen, Konflikte diskutieren und
feiern möchte, ist herzlich willkom-
men. Besonders freuen wir uns
über alle, die Musik machen kön-
nen bzw. wollen. Wir rechnen mit
Einzelreisenden und Gruppen, Jun-

gen und Mädchen, Soldaten, Ver-
weigerern und Zivildienstleistenden
– also Leuten von inner- und außer-
halb der Armee. Niemand wird
„anagitiert“ noch für irgendetwas
vereinnehmte. Besonders freuen wir
uns über jeden ausländischen
Gast. Das Gästedorf dient aus-
schließlich der Begegnung.“

Was man mitbringen muß und was es kostet

Ohne Schlafsack geht es nicht,
aber viel mehr muß es auch nicht
sein. Für das Frühstück wird Be-
steck und ein Becher benötigt. Das
ist – neben den persönlichen Din-
gen – auch schon alles, was man
mitbringen muß.

Besondere Kosten entstehen
nicht.

Der Tagungsbeitrag des Kirchen-
tages für Dauerteilnehmer beträgt:

Erwachsene	80,– DM
Ermäßigt (Schüler, Soldaten, Studenten, Zivildienstleistende)	48,– DM

Wie man sich anmeldet

Das Gästedorf ist ein Gemein-
schaftsquartier des Deutschen
Evangelischen Kirchentages.
Wenn Sie von dem Angebot Ge-
brauch machen wollen, wenden Sie
sich bitte direkt an die Geschäfts-
stelle des Kirchentages (Ober-
hausener Straße 15, 4000 Düssel-
dorf 30). Dort ist Gerhard Schäfer
der Ansprechpartner. Er gibt auch
gerne nähere Informationen über
das Gästedorf.

Soldaten, die sich einer Gruppe
aus der Militärseelsorge anschlie-
ßen möchten, wenden sich direkt
an ihren Standortpfarrer. Auch er
gibt gerne nähere Auskünfte und
Hinweise.

Bundesverfassungsgericht bestätigt Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung, die Klage der SPD gegen die Reform des Kriegsdienstverweigerungsrechtes im wesentlichen abzuweisen, die Positionen bestätigt, die die CDU mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages von 1981 eingenommen hat. Es ist klargestellt, daß das Kriegsdienstverweigerungsrecht das Grundrecht auf Gewissensfreiheit beinhaltet und nicht als politisches Kampfmittel mißbraucht werden darf. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt: das von Bundesfamilienminister Dr. Heiner Geißler ausgearbeitete und von der Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP getragene neue Gesetz ist eine politisch überzeugende und rechtlich einwandfreie Reform. Das unterscheidet sie von dem am Verfassungsgericht gescheiterten „Postkartengesetz“ der SPD. Gerade weil dieser Staat durch seine Verfassung und die an sie gebundenen Organe die Gewissensfreiheit auch jener schützt, die den Dienst mit der Waffe verweigern, ist er verteidigungswert. Jeder junge Mann, der seinen Dienst in der Bundeswehr tut, leistet einen Beitrag zum Schutz dieser Freiheiten.

Die Bundesregierung und die sie tragende Koalition haben 1982 – kurz nach dem Regierungswechsel – mit der Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsrechts nach über einem Jahrzehnt erfolgloser Regelungsversuche eine umfassende Reform der Kriegsdienstverweigerung geschaffen:

– Das neue Recht hält sich in dem Rahmen, den die Verfassung für die Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen dem Verfassungsauftrag zur Landesverteidigung und dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen aufgestellt hat.

– Es hat sich in der Praxis bewährt.

– Den jungen Menschen und ihren Familien wurde die Belastung genommen, die das alte Verfahren vor den Prüfungsausschüssen für sie mit sich brachte.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Urteil vom 13. April 1978

für die rechtliche Gestaltung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer zwei zulässige Wege aufgezeigt: Neben dem Ausschußverfahren hält es eine Regelung für zulässig, nach der die Ausschußprüfung entfällt und dafür der Zivildienst zur Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung ausgebaut wird; hierbei spielt die Verlängerung der Dienstzeit und die Bereitstellung ausreichender Zivildienstplätze eine entscheidende Rolle. Bei der Reform des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen hat sich die Regierungskoalition für diesen Lösungsweg entschieden und sich in dem Rahmen gehalten, den das Bundesverfassungsgericht für eine Reform gesteckt hat.

Insbesondere liegt kein Verstoß gegen die Bestimmung des Artikels 12a Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz vor, der die Dauer des Ersatzdienstes an die Dauer des Wehrdienstes bindet. Diese Auffassung hat im übrigen sowohl die vorhergehende Bundesregierung als auch die SPD-Opposition 1982 im Deutschen Bundestag vertreten, da auch die von ihnen vorgesehenen Dienstzeitregelungen mit 20 bzw. 19 Monaten die Dauer des Grundwehrdienstes deutlich überstiegen.

Bei einem Vergleich Wehrdienst-Zivildienst ist zunächst die wesentlich höhere wöchentliche Dienstzeit der Wehrdienstleistenden zu berücksichtigen, die bei über 50 % der Grundwehrdienstleistenden mehr als 56 Stunden wöchentlich im Jahresdurchschnitt beträgt. Neben der Dienstzeit des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes muß aber auch berücksichtigt werden, in welchem Umfang Wehrdienstleistende später noch herangezogen werden. Der Wehrpflichtige muß nach seinem Grundwehrdienst bis zum 45. Lebensjahr mit einer Heranziehung zu Wehrübungen rechnen. Aufgrund der zurückgehenden Jahr-

gangsstärken wird die Heranziehung zu Wehrübungen in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Schon jetzt leisten in jedem Jahr viele Reservisten Wehrübungen von 20 – 30 Tagen. Die Zahl dieser Reservisten ist etwa so groß wie die Zahl der Zivildienstleistenden. Bei einem sich abzeichnenden Spannungsfall können die Wehrübungen sogar eine Dauer von mehreren Monaten haben. Das ist beispielsweise bei der Berlin-Krise im Jahre 1961 so praktiziert worden.

Auch der heimatferne Einsatz der Soldaten und die Unterordnung unter die militärische Disziplin sind in den Belastungsvergleich miteinzubeziehen. Insgesamt ist festzustellen, daß die jetzige Ausgestaltung des Zivildienstes im Ergebnis nicht zu einer Ungleichbehandlung zwischen Wehr- und Zivildienstleistenden führt.

Aus dem Inhalt

Ein neues Klima – Bundeskanzler Helmut Kohl im Gespräch mit Helmut Matthies –	1
„Gästedorf statt „Friedensdorf“	5
Bundesverfassungsgericht bestätigt Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen	6
EKD-Schrift „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“ Hans-Dieter Wichter	8
Aus unserer Arbeit	9, 13
Dietrich Bonhoeffer: Theologe – Christ – Zeitgenosse Lothar Späth	11
„Freiwilliges Soziales Jahr“: Bereicherung für den internationalen Dialog Klaus-Jürgen Hedrich	11
Kirchentag in Düsseldorf: Ein Schuldbekenntnis soll politische Meinung machen Dirk Kircher	12
Buchbesprechungen	15

Durch die gesetzliche Neuregelung konnte das Antragsverfahren beschleunigt werden, die Beschwerden der allseits kritisierten Gewissensprüfung vor den Ausschüssen fielen für die ungedienten Erstantragsteller weg. Der Antragsstau von über 100 000 Antragstellern, der sich als Folge des alten Rechts gebildet hatte, kann kontinuierlich abgebaut werden.

Am 31. Dezember 1983 waren 101 315 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung noch nicht abschließend entschieden, bereits am 30. September 1984 war diese Zahl auf 77 419 gesunken. Ende 1986 wird der Antragsstau bei den Ausschüssen und Kammern für Kriegsdienstverweigerung endgültig beseitigt sein.

Die Reform des Kriegsdienstverweigerungsrechts nimmt den Antragsteller in Schutz und sichert zugleich den in der Verfassung verankerten Verteidigungsauftrag.

Die Erfahrungen, die die Bundesregierung mit dem neuen Recht gemacht hat, belegen, daß die vom Gesetzgeber gesteckten Ziele erreicht worden sind. Der ungediente Erstantragsteller muß sich keiner mündlichen Gewissensprüfung unterziehen und hat keine langen Wartezeiten in einem Anerkennungsverfahren mehr hinzunehmen. Der Zivildienst ist selbst zur Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung geworden.

Das Reformgesetz aus dem Jahre 1982 hat im Gegensatz zu dem Gesetz aus dem Jahre 1977 auch zu keiner Antragslawine geführt. Die Zahl der Anträge war im Jahre 1984 mit 44 014 um rund 25 % niedriger als 1982, im letzten Jahr vor der Verabschiedung des Gesetzes. Der Rückgang ist mit dem Prozentsatz der definitiven Ablehnungen nach dem alten Recht identisch, der in den letzten 10 Jahren vor Inkrafttreten des neuen Rechts im Durchschnitt ebenfalls 25 %, genau 24,9 %, betragen hatte.

Wenn man sich die Praxis des alten Anerkennungsverfahrens anschaut, die Belastungen, die es für die Antragsteller, für ihre Familien,

aber auch für die Mitglieder in den Prüfungsausschüssen mit sich brachte, kann man nur feststellen, daß dieses Gesetz seit langem fällig, um nicht zu sagen überfällig war.

Das Bundesamt für den Zivildienst hat die neue Aufgabe der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern in kürzester Zeit angenommen und hervorragend bewältigt. Bis Ende 1984 waren bereits 23 929 Anerkennungen ausgesprochen. Nur 63 Antragsteller mußten abgelehnt werden, weil sie keine vom Grundgesetz geschützten Gewissensgründe für sich selbst in Anspruch nahmen. Lediglich in 2 Fällen wurde ein Antrag an den Ausschuss verwiesen.

„Sie haben Anspruch darauf, daß jeder in unserer Gesellschaft Sie als Soldaten respektiert und achtet. Denn unter uns lebt jeder in seiner Freiheit auch auf Ihre Kosten, auf ein Stück Ihres Lebens.“

Der Münchner Weihbischof
Ernst Tewes bei einem
Friedensgottesdienst zu
Angehörigen der Bundeswehr

1 014 Antragsteller vervollständigten ihren Antrag trotz mehrfacher Aufforderung nicht und konnten daher keine Anerkennung erlangen. 1 171 Anträge mußten wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen werden. Auf diese Antragsteller kam gar kein Wehrdienst zu, deshalb bestand kein Rechtsschutzinteresse an der Durchführung ihrer Anerkennungsverfahren, z. B. Untaugliche, vom Wehr- und Zivildienst Ausgeschlossene oder die vom Wehr- und Zivildienst befreiten.

Das Bundesamt für den Zivildienst ist personell so ausgestattet, daß die von den Kreiswehersatzämtern eingehenden Anträge Zug um Zug entschieden werden können.

Die Zahl der Zivildienstplätze konnte im Jahr 1984 wie geplant auf über 60 000 erhöht werden. Die Zahl der Zivildienstleistenden ist im Jahr 1984 um 10 % bis auf 44 000 (November) gestiegen. Sie liegt z. Zt. bei etwa 43 000.

Auch in den beiden folgenden Jahren werden wir den Zivildienst im notwendigen Umfang ausweiten auf bis zu 80 000 Plätze Ende 1986. Dadurch wird sichergestellt, daß auch in Zukunft alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer ohne Wartezeiten einberufen werden können.

Tätigkeitsbereiche im Zivildienst:
Der Anteil der Zivildienstplätze im Pflegebereich (einschließlich Krankentransport und Rettungsdienst) hat Ende 1984 mit über 70 % einen neuen Höchststand erreicht. Die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung konnte auf insgesamt 2 009 Plätze ausgebaut werden (3,3 %), während der Anteil der Plätze im Verwaltungsbereich weiter abgesunken ist und nunmehr nur noch 5,4 % der Plätze umfaßt. Hier sind nur noch Zivildienstleistende tätig, die gesundheitlich beeinträchtigt sind und daher nicht für Arbeiten mit körperlicher Belastung eingesetzt werden können.

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Heiner Geißler:

„Ich werde bis Ende dieses Jahres dem Deutschen Bundestag meinen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Gesetz zuleiten und einen Vorschlag über seine Fortgeltung unterbreiten. Durch ihr entschlossenes Handeln hat die neue Bundesregierung mit dieser Reform den über ein Jahrzehnt dauernden quälenden Fehlversuchen der SPD ein Ende gesetzt. Damit hat die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zum inneren Frieden in unserem Lande geleistet.“

EKD-Schrift „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“

– Zurück zur Realpolitik im Protestantismus? –

Hans-Dieter Wichter

Obwohl die EKD-Schrift „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“ mit Beiträgen von sechs Professoren der Politik- bzw. Rechtswissenschaft erst seit relativ kurzer Zeit vorliegt, ist sie in der Öffentlichkeit bereits intensiv und kontrovers diskutiert worden. Der Tenor: sie ist eine Verlegenheitslösung. Nachdem mit der EKD-Denkschrift vom Herbst 1981 „Frieden wahren, fördern und erneuern“ in der Hoffnung auf ein gleichsam bahnbrechendes Friedensgutachten die entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten in Auftrag gegeben worden waren, liegen jetzt – nach Ansicht einiger „schneller“ Rezensenten – sehr heterogene Gutachten ohne einen zielbestimmten inneren Zusammenhang vor. Es wird sogar die Ansicht geäußert, alte Denkgegensätze brächen wieder auf. Neuer Konfliktstoff häufe sich an. Eine gewisse Enttäuschung in der kirchlichen Öffentlichkeit ist nicht zu verkennen.

Eine genauere Lektüre der recht klar und präzise verfaßten Beiträge des Buches kann allerdings auch zu ganz anderen Folgerungen und zu Impulsen für eine distanziertere Friedensdiskussion führen. Denn zunächst ist einmal davon auszugehen, daß vor dem Hintergrund einer extremen Zwiespältigkeit des Protestantismus in „Sachen Frieden“ eine eindeutige Position kaum jemals erreicht wird. Wohl sollte es aber möglich sein, die komplexen politischen Dimensionen des Diskussionsgegenstandes zu verdeutlichen, um damit utopische Vorstellungen und extreme Positionen in der evangelischen Kirche deutlich zu machen. Für diesen Zweck stellt das Buch eine ausgesprochen zweckmäßige Arbeitsgrundlage dar. Eine gewisse Geschlossenheit des Gesamtwerkes ist erkennbar. Das, was Rezensenten einiger Zeitungen als separate und gegensätzliche Arbeiten ansehen, ergänzt sich. Man muß als Leser allerdings genau wahrnehmen und den inneren Zusammenhang aufspüren. Hierzu gehört auch, die Beiträge in der richtigen Reihenfolge zur Kenntnis zu nehmen. Und das ist nicht die des Buches.

Im Zusammenhang mit der für das Buch insgesamt zentralen Anforderung zur Wiedergewinnung der politischen Dimension der Friedenssicherung (im Gegensatz zur militärischen) hat Klaus v. Beyme die „Feindlage“ dargestellt. Im Vergleich zu einer noch nicht allzu fernen Vergangenheit sei die Hegemonialmacht Sowjetunion kein von sich aus offensiv-aggressives System mehr, das mit aller Gewalt die nach wie vor formal gültige marxistische Expansionsideologie verbreiten wolle. Allerdings neigt dieser Staat dazu, dort seine Macht auszubauen, wo dies tatsächlich oder vermeintlich problemlos gelingt (Mittelamerika, Afghanistan usw.). Wo die Risiken der Selbstzerstörung zu groß sind, wird die Koexistenz weitgehend akzeptiert (Europa). Auf der Basis einer derartigen Lageanalyse empfiehlt sich die Lektüre des Beitrages von Klaus Ritter. Ausgehend von der Erkenntnis „Gelegenheit macht Angreifer“ zeichnet er die Situationslogik „des Westens“ nach. Ein komplexes und glaubhaftes System der Abschreckung mit der Strategie der für den Gegner unkalkulierbaren flexiblen Reaktion ist derzeit die beste Lebensversicherung. Und die Nachrüstung stellt nur die Schließung einer Lücke in diesem komplexen Verteidigungssystem dar, die durch die konventionelle Schwäche des Westens und die hohe Einsatzschwelle interkontinentaler strategischer Nuklearwaffen entstanden war. Die Akzeptanz des Verteidigungssystems hindert den Autor im übrigen nicht daran, auf die Wiedergewinnung der politischen Dimension außerhalb des militärischen Bereiches abzustellen – jedenfalls hilfsweise und in langfristiger Perspektive.

Das gegenwärtige Verteidigungssystem wird im Bereich des westlichen Bündnisses, wo eine freie Diskussion über Verteidigungsfra-

gen möglich ist, stets im Hinblick auf die Frage geprüft, ob es den Zweck der Friedenssicherung noch erfüllt. Gleichzeitig wird stets geprüft, ob es nicht kostengünstigere und/oder noch sicherere Konzepte gibt. „Einfrieren“ und „Nichterstgebrauch von Kernwaffen“ sind Markposten in diesem Zusammenhang. Karl Kaiser hat sich in seinem Beitrag insbesondere damit beschäftigt, wie sinnvoll derartige Vorschläge sein können. Wie die beiden vorgenannten Autoren kommt auch er zu dem Schluß, daß nur dann ein Friedenskonzept ohne Abschreckung möglich ist, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen grundlegend ändern. Gegenwärtig ist dies allerdings nicht möglich. Daher berge etwa ein „Einfrieren“ der Nuklearrüstung die Gefahr, daß internationale Verträge nie so detailliert abgeschlossen werden können, um z. B. zukünftige qualitative Verbesserungen der Nuklearwaffen auszuschließen. Dies würde aber wieder das Gleichgewicht zerstören. Die Verpflichtung zum Nichterstgebrauch andererseits könnte die Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa erhöhen.

Klaus v. Schubert versucht, die Dinge etwas anders anzugehen und erhöht damit die durchaus fruchtbare Spannung des Gesamtwerkes. Er negiert nicht den Friedenserfolg des Systems der Abschreckung. Dieser Erfolg kann allerdings nur dann gesichert sein, wenn ein etwaiges Krisenmanagement in einer gelassenen Atmosphäre von saturierten Politikern bewältigt wird. Andernfalls kann es in Problemsituationen über folgenschwere Unfälle zur Katastrophe kommen. Nicht zuletzt darauf basiert seine Forderung, „... von der hochgerüsteten Konfrontation zur Sicherheitskooperation im Konflikt ...“ zu kommen.

Diese Beiträge sind gleichsam „klassische Arbeiten zur Friedens-

diskussion“ und stellen damit das Kernstück des Gesamtwerkes dar. Ergänzt werden sie zunächst von der Arbeit von Rainer Tetzlaff „Nord-Süd-Konflikte und ihre Ursachen: Politische Handlungsperspektiven für eine friedlichere Dritte-Welt-Politik“. Er sieht auch in der südlichen Hemisphäre Aufrüstungstendenzen und verschärfte Konfliktpotentiale. Bedingt ist dies z. T. durch die Interessen der jeweiligen Hegemonialsysteme. Gelingt es nicht, diese Lage zu entschärfen, droht aus dem Süden ein ungeheures weltweites Konfliktpotential. Verbleibt noch der Aufsatz des Völkerrechtlers Jost Delbrück. In ihm spiegelt sich die seit dem Altertum bekannte Tatsache wider, daß es kein internationales Rechts- und Zwangssystem als Verbindung freier Staaten geben kann, ein Staatenstaat, der mit einer Art „Polizei“ gewaltsame Konflikte verhindern kann.

Insgesamt ist das Gesamtwerk gelungen und sollte jedem Protestanten (und Nicht-Protestanten) zur Lektüre empfohlen werden, der sich mit Friedensfragen beschäftigt. Allerdings haben sich die Auto-

ren nicht mit der theologischen Dimension der Problemstellung beschäftigt. Sie wird allenfalls am Rande erwähnt, etwa bei Klaus Ritter. Dies verwundert nicht. Über den utopischen Charakter der von einigen kirchlichen Gruppen erhobenen Forderung nach dem absoluten Frieden vor der durch Gott bestimmten Endzeit dürften sich die Politikwissenschaftler wohl einig sein. Sie diskutieren jedoch immer wieder grundlegende Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Politik, die die Chance für den Frieden ohne Waffen erhöhen. Wie aber muß man sich dies vorstellen? Darüber wird nichts ausgesagt. Vielleicht analog zur Entwicklung in Mitteleuropa der europäischen Gemeinschaft, das früher Epizentrum weltweiter Kriege war? Vor dem Hintergrund der einzelnen Verfassungssysteme der Staaten in diesem Raum und der in ihnen den Ton angegebenden bürgerlichen Gesellschaften wird es in absehbarer Zeit keine bewaffneten Konflikte mehr geben. Ist dies aber ein realistisches Grundmuster für die nördliche Hemisphäre oder gar die Welt insgesamt? Angesichts der profun-

den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Ost und West wohl kaum. Die aus diesen Unterschieden und den mit ihnen verbundenen Neidkomplexen, überlagert von der Existenzangst der Führungseliten in der Sowjetunion, resultierenden Konfliktpotentiale werden in absehbarer Zeit nicht abgebaut werden können. Und damit bleibt unser Verteidigungssystem – wie in der Gesamtarbeit im Grunde von allen Autoren festgestellt – notwendige Bedingung für den Frieden der nördlichen Welt.

(Kirchenamt der EKD im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg): Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse. Sechs Expertenbeiträge für die EKD. Gütersloh (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn) 1985, 8,80 DM.

„Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland“, lautet der Beitrag von Jürgen Plöhn in der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 2/85 vom 12. Januar 1985. Einzelstücke können auf Anfrage kostenlos über die Vertriebsleitung der Wochenzeitung Das Parlament, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Telefon 0651/46040 angefordert werden.)

Aus unserer Arbeit

Verantwortung für die Welt von morgen

Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises Westfalen-Lippe der CDU in Bielefeld mit Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und Ministerpräsident Dr. Lothar Späth.

Bielefeld: Weit über 300 Teilnehmer konnte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Westfalen-Lippe der CDU, Dr. Gerhard Rödding, MdL, im Haus des Handwerks zu Bielefeld begrüßen, als er die Landestagung zum Thema „Unsere Verantwortung für die Welt von morgen“ eröffnete (09. März 1985). Wie im Evangelischen Arbeitskreis Tradition, ging es um Fragen, die von grundsätzlicher und aktueller Bedeutung zugleich sind. Diesmal stand vor allem das Verhältnis von Freiheit und sozialer Marktwirtschaft wie dasjenige von Ökologie und Ökonomie auf der Tagesordnung. So lauteten die

Themen der beiden Hauptreferenten: „Wertordnung – Marktwirtschaft – Umweltschutz“ (Biedenkopf) sowie „Politik für eine lebenswerte Zukunft“ (Späth).

Prof. Biedenkopf:
„Ideenwettbewerb anregen“

Individual- und Gemeinschaftswerte

Biedenkopf stellte an den Anfang seiner Ausführungen die zentrale Frage: Welchen moralischen Rang hat unsere Wirtschaftsordnung? – Es müsse zugegeben werden, daß es sich um eine Ordnung handle, die sich auf weniger angesehene Eigenschaften des Menschen stütze: Profitstreben; Wettbewerb als Kampf; Verdrängen des Schwächeren; kurz: auf Eigennutz. Dennoch gelte: Eine Ordnung könne man nur dann als „moralisch“ ansehen, wenn sie bescheiden genug angelegt worden sei, wenn sie gleichsam von der wirklichen Natur des Menschen ausgehe. Biedenkopf wörtlich: „Ich halte eine Ordnung, die die Menschen überfordert, für unmora-

lisch.“ Insofern würden Gemeinschaftswerte (Sozialbindung; Gerechtigkeit; Solidarität) nur dann anerkannt, wenn der Mensch „Herrschaft“ wenigstens ausweichen könne. Der moderne Arbeitnehmer wolle Koordination – nicht Befehl.

Schutzbedürftigkeiten

Auch im zweiten Vortragsschwerpunkt ging Biedenkopf auf heikle Fragen direkt zu; zwei Beispiele: Müßte die Schutzbedürftigkeit der Mieter nicht wirksamer berücksichtigt werden – oder sind sie zunehmend nur noch dazu da, die Alterssicherung der (meist älteren) Vermieter verstärkt zu sichern? – Müßte die Krankenversicherung, wie es (so wörtlich) „der heroische Kampf“ von Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm zeige, nicht eher durch eine grundlegende Systemreform denn weiterhin durch Einzelmaßnahmen endlich kostengünstiger gestaltet werden?

Ökologische Umrüstung

Heute, so Biedenkopf, gehe es nicht mehr um das Ob, sondern lediglich noch um das Wie des Umweltschutzes. Die Be-

reitschaft, etwas für ein Gemeinschaftsgut wie Schutz der Natur zu tun, sei erheblich gestiegen – nicht zuletzt wegen des erreichten Grundwohlstandes. So sei die Zeit zur Versöhnung von Wirtschaft und Landschaftsschutz, von Arbeit und Umwelt gekommen. Dies könne man auch ganz konkret zeigen. Beispiel: Entsorgung. Fragten Verbraucher nur noch das Produkt mit der geringsten Abfallmenge nach, würde dieses auch geliefert, womöglich bei gleicher oder höherer Werbeleistung als zuvor. Insofern sei die Zeit reif für eine „ökologische Umrüstung“ – um so mehr, als in den zurückliegenden 10 Jahren (aufgrund des Erdölversorgungsschocks von 1973) bereits eine „energiepolitische Umrüstung“ gelungen sei: der Energieverbrauch 1983 habe über 100 % niedriger gelegen, als er seinerzeit geschätzt worden war.

Politische Grundaufgabe

Immer wieder habe sich gezeigt, daß es die politische Grundaufgabe sei, Ideenwettbewerb anzuregen, gleichsam „Erfindungsressourcen“ zu mobilisieren. Frage: Wie kann mit weniger Mitteln mehr erreicht werden? – Der Boden für eine solche Zukunftsleistung, auf die „die Welt von morgen“ dringend angewiesen ist, könne und müsse bereits in früher Jugend bereitet werden: durch eine Erziehung zur Ehrfurcht vor den natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen; denn: „Die Schöpfung ist auf unsere Treuhandschaft angewiesen“.

Dr. Rödding: „Grüne Probleme auf der Basis der Freiheit lösen“

Vernunft gegen Dogmatik

An jenen Grundgedanken (von der Treuhandschaft für die Schöpfung) konnte der zweite Referent der Landestagung, Dr. Rödding, anknüpfen: „Grüne Theologie – oder unsere Verantwortung für die Schöpfung“. – In drei Bereichen sah Rödding (äußere) „Ähnlichkeiten“, aber (innere) Unterschiede zwischen Grünen und der CDU; er bezeichnete sie als

- Grundsatz der „kleinen überschaubaren Einheit“;
- Bezug auf „Natur und Schöpfung“;
- Herausstellen bestimmter Grundsätze.

Bei all dem käme es den Grünen immer auf die dogmatische Betonung, ja ideologisch bedingte Durchsetzung an. Demgegenüber fordere die CDU z. B. auch kleine überschaubare Schulen, aber ebenso, da wirtschaftlicher, große leistungsfähige Kraftwerke. Sie handele also vernünftig.

Schöpfungsverantwortung gegen Naturkult

Grüne Politik sei vielfach durch „Verwechslung“ von Natur und Schöpfung gekennzeichnet, sie werde insofern zu „grüner Theologie“. Der Christ aber wisse, daß auch die Natur erlösungsbedürftig sei – wie alles Irdische. Insofern sei „der Urwald der Schöpfung genauso nah wie der Großbrech-

ner“ . . . Andererseits gebe es das sog. „Kulturgebot“ der Schöpfungsgeschichte: „Mit der Rodung des ersten Baumes begann die Kultur.“ Hinwiederum gilt: „Mit der Rodung des letzten Baumes wird die Kultur enden.“ Das aber heiße doch: Verantwortlichkeit bei allem gestalterischen, insbesondere politischen, Handeln zeigen; denn: die Welt ist Gott – nicht dem Menschen – zugeordnet.

Christlichkeit gegen Moralität

Ihm, Rödding, falle der Kulturpessimismus vieler Predigten auf. Dadurch werde freilich nur die „Angstbasis“ verbreitert. Überdies stelle man ein Mißverständnis zwischen negativen Analyseergebnissen und positiven Lösungsansätzen fest. – Diese Art von Moralität sei jedoch noch lange nicht christlich. Verbindlich sei allein „die Moral von Gottes Gebot“ (Beispiel: Die Zehn Gebote). Von daher zieme uns „kräftiger Optimismus“, „Mut zur Gestaltung“; denn es gelte nach wie vor: „Gott hat die Geschichte und die Welt in SEINER Hand.“

Ministerpräsident Späth:

„In Ordnung bringen, was strukturell und atmosphärisch kaputt ist“

Sünden der Vergangenheit

„Wir waren zu lange eine Nation, die über ihre Verhältnisse gelebt hat. Obendrein verloren wir den technologischen Anschluß, schauten statt dessen zu sehr auf die Gegenwart und zu wenig in die Zukunft.“ Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Lothar Späth, ging mit Genossen, Linksliberalen und Grünen scharf, aber fair ins Gericht: „Die Grünen haben zwar sich selbst gefunden – aber sie wissen nicht, wo das ist . . .“

Politik für die Zukunft

So hänge in dieser Republik alles von der Union ab. Allerdings müßten wir den Leuten auch sagen, welche Anstrengungen wir unternehmen. Beispiel: Umweltschutz. Lothar Späth wörtlich: „Zur Schonung unserer Umwelt geben wir enorme Summen aus. Wir können das nur durch Wachstum erwirtschaften.“ So gelte es, auf jedem Gebiet „Einfallsreichtum“ zu entwickeln, Schluß zu machen mit der Mentalität des „verschlafenen Stafettenläufers“, der entscheidende Läufe verpaßt habe, sich deshalb unters Publikum mische – und sich dann auch noch berechtigt glaube, den nachfolgenden Läufer kritisch anzufeuern . . .

Neu anfangen

„Mit einem Volk von Egoisten können wir keine solidarische Politik machen.“ Es gelte, insbesondere in der Bildungspolitik, von vorn anzufangen; denn: „Die Zukunftsaussichten eines Ganztagsingenieurs übertreffen diejenigen eines Halbtagslehrers.“ – Was die Energiepolitik anlange, so müsse man im Grunde leider noch immer sagen: „Die Franzosen haben die Kernkraft, die Engländer das Öl und wir haben –

die Diskussion.“ – Und die Medienpolitik? Uns fehle mittlerweile ein ganzer entsprechender Industriezweig. Ob man nun drei oder 32 Kanäle habe – „die pädagogische Arbeit muß ohnehin zu Hause geleistet werden“. – Besonders die Forschungs- und Industriepolitik müsse wieder hohe, ja erste Priorität erhalten: ein Blick insbesondere nach Übersee („Heraufkommen eines pazifischen Zeitalters“) lehre dies. Wir brauchten immer noch zu viele „Denk-Pausen“, so daß die Gefahr bestehe, daß die Zukunft ohne uns gestaltet werde. Dies gelte nicht zuletzt im Vergleich zu den Investivanstrengungen anderswo, vor allem den Forschungsmilliarden in den USA. Der Ministerpräsident wörtlich: „Heute ist die Infrastruktur die Forschung.“ Und weiter: „Köpfe und Kapital müssen im Lande bleiben können – nur dann wird unsere Zukunft ‚lebenswert‘ sein!“

Sozialer Fortschritt durch Technik

„Freizeit muß nicht Konsumzeit – sie kann z. B. Kommunikationszeit sein.“ Wer die Arbeitswelt technologisch so verändere, daß in kürzerer Zeit mehr und Besseres bewältigt werden könne, schaffe mehr Freizeit und damit die Chance zu zwischenmenschlichem Fortschritt. So bestehe kein Grund, jungen Menschen „etwas vorzujammern“, – im Gegenteil: Wir sollten die Jugend auffordern, sich etwa technisch zu engagieren (im Beruf), damit sie sich z. B. stärker musisch betätigen könne (in ihrer Freizeit). Lothar Späth wörtlich: „Wenn man das Beste tut, kann man sich auch auf die Schöpfung verlassen.“

Mut verbreiten

Weltmarktentwicklungen (Beispiel: gut vorangekommene Schwellenländer, etwa „Lastwagen aus Malaysia“) oder neue Waffensysteme (Beispiel: geplantes Atomwaffenabwehrnetz im Weltraum „mit Hilfe einer neuen Computer- und Laserstrahl-Generation“) brauchen uns nicht zu ängstigen – sie sollten uns herausfordern, anspornen zu dem, was wir am besten können: Organisieren, Innovieren, spezifisches Know how exportieren. „Freiheit und Bindung“, rief Lothar Späth aus, „könnten ein Beispiel dafür sein, im Interesse der Jugend Ideale zu formulieren“.

Gelungene Synthese

Aufmerksame, weil sachkundige Zuhörer dankten allen Referenten mit kräftigem Beifall für ihre hervorragenden Ausführungen. – Unter der umsichtigen und einfühlsamen Diskussionsleitung von **Ludwig Gerstein**, MdB, Dortmund, wurden viele Aspekte „Unserer Verantwortung für die Welt von morgen“ vertieft. – Alle Teilnehmer dieser Landestagung waren sich einig: eine gelungene Synthese von Grundsatz- und Tagespolitik.

(Die Texte der Reden und Referate werden in einer Broschüre zusammengefaßt, die Sie über die Landesgeschäftsstelle der CDU Westfalen-Lippe, Max-Eyth-Str. 1, 4600 Dortmund 1 bzw. über die EAK-Bundesgeschäftsstelle beziehen können).

Dieter Burkert

Dietrich Bonhoeffer: Theologe – Christ – Zeitgenosse

Lothar Späth

Worte des Gedenkens an Dietrich Bonhoeffer aus der Feder des baden-württembergischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

Am 9. April jährte sich zum 40. mal der Tag, an dem Dietrich Bonhoeffer, evangelischer Pfarrer und Widerstandskämpfer, im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet wurde – übrigens am gleichen Tag wie Admiral Canaris. Nur vier Wochen danach, am 8. Mai 1945, sollte der Krieg und mit ihm die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten dann zu Ende sein.

Dietrich Bonhoeffer ist zu einer der leuchtendsten Figuren des deutschen Widerstandes geworden, weil er sein Tun und sein Leiden zumindest evangelischerseits am geistlichsten begriffen hat. Dabei hätte er alles ganz anders haben können. Zu Beginn des Dritten Reiches Pastor der deutschen evangelischen Gemeinde in London, verschloß er sich 1935 nicht der Bitte, in Deutschland die Leitung des Predigerseminars der Bekennenden Kirche in Finsterwalde/Pommern zu übernehmen; bald gehörte er zu den führenden Persön-

lichkeiten der sich durch die Barmer Erklärung zum unverfälschten Zeugnis verpflichtenden Gemeinschaft.

Noch 1939, während einer Vortragsreise durch die USA, hätte er dort Amt und Professur annehmen können. Dann aber kam der 20. Juni 1939, der Tag, der über Dietrich Bonhoeffers Leben entschieden hat. An diesem Tag entschloß er sich zur Rückkehr, weil er sich endgültig darüber klar wurde, daß neben dem theologischen und religiösen auch der politische Widerstand übernommen werden mußte, mit allen Konsequenzen der Gefährdung und des Alleinseins. Bonhoeffer ging mit diesem seinem Entschluß einen entscheidenden Schritt über Luther hinaus, freilich in dem vollen Bewußtsein, daß ein solcher Schritt nur vom je einzelnen für sich selber vollzogen werden konnte.

Nach der Verhaftung am 5. April 1943 trieb Bonhoeffer die Frage nach der Möglichkeit des Christseins in der modernen ungläubigen Welt in theologischen und philosophischen Ausarbeitungen, in Briefen und Gedichten in äußerster Radikalität auf ihre letzte Konse-

quenz. „Nichtreligiöse Interpretation der biblischen Begriffe in einer mündig gewordenen Welt“ war schon vorher sein Leitwort geworden. Dabei ist Christus für ihn nicht nur Herr der Kirche, sondern Herr auch der Religionslosen. Wie von ihm eben ohne Religion, das heißt ohne zeitbedingte Metaphysik und ohne Innerlichkeit, zu sprechen sei – das wird für Bonhoeffer nach seinen eigenen Worten zum Angelpunkt all seines Fragens und Denkens. Er ist damit zu einem der wichtigsten Theologen der heutigen Welt überhaupt geworden.

Sein Freund und Biograph Eberhard Bethge hat die Existenz Dietrich Bonhoeffers auf die Formel gebracht: „Theologe – Christ – Zeitgenosse“. Für uns Christen – gerade auch für uns evangelische Christen – ist es in der geistlichen Arbeit seitdem unerläßlich, sich mit seiner geistigen Hinterlassenschaft auseinanderzusetzen. In der politischen Arbeit freilich müssen wir uns durch sein Schicksal immer auf's neue aufgerufen fühlen, dafür zu sorgen, daß sich Verhältnisse und Strukturen, in denen solche Grenzsituationen menschlicher Existenz zu bestehen sind, nicht wiederholen.

„Freiwilliges Soziales Jahr“: Bereicherung für den internationalen Dialog

Klaus-Jürgen Hedrich

Der Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hedrich ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes. In der nachfolgenden Notiz äußert er sich zum „Freiwilligen Sozialen Jahr“ und fordert dazu auf, Einsatzmöglichkeiten auch in der Dritten Welt zu schaffen.

In diesem Jahr wird das Gesetz zur Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ 21 Jahre alt, das heißt, seit 20 Jahren wird jungen

Menschen zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr die Möglichkeit geboten, soziale Erfahrungen zu sammeln und ihr Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwohl zu stärken.

Betrachtet man diese bisher auf die Bundesrepublik Deutschland und das europäische Ausland beschränkten Möglichkeiten auf der

einen Seite und die Probleme der Dritten Welt, insbesondere unsere oft mangelnden Kenntnisse über diese Länder, ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Lösungsspielräume auf der anderen Seite, so liegt es auf der Hand, eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ auf die Ent-

wicklungsländer zu fordern. Zu diesem Schluß kam auch der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages in seinen Beratungen über den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Jugendproteste im demokratischen Staat“.

Der Einsatz in der Dritten Welt fördert die Sensibilisierung für die Notwendigkeiten und Probleme der Entwicklungszusammenarbeit und damit die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung, trägt zur Erweiterung des persönlichen Erfahrungshorizontes bei und stellt eine Bereicherung für den internationalen Dialog und damit für die Völkerverständigung dar.

Sicherlich dürfen die Probleme, die die Entsendung junger, oft noch unerfahrener Menschen nach Afrika, Asien oder Lateinamerika mit sich bringen, nicht verkannt werden. Es muß gewährleistet sein, daß diesen Jugendlichen eine fundierte und sachgerechte Vorbereitung zuteil wird, daß sie an Einsatzorten eingesetzt werden, an denen sie von geschultem Personal begleitet werden und an denen sie die Möglichkeit erhalten, detaillierte Einblicke in die Probleme der Hilfe zu bekommen. Diese Erfahrungen gilt es dann in einer Nachbereitungsphase in der Heimat aufzuarbeiten, damit dieser Einsatz in der

Dritten Welt zu einem Anstoß für unsere Gesellschaft wird, nicht nur durch wohlgemeinte und notwendige Spenden unsere Mitmenschen in den Entwicklungsländern zu unterstützen, sondern auch durch unsere bewußte Solidarität und unser Problembewußtsein ihnen den Weg in eine menschenwürdige Zukunft zu öffnen.

Um all dieses zu gewährleisten, scheint es sinnvoll, auf die jetzt schon tätigen Entsendeorganisationen im Bereich der Entwicklungshilfe, hier besonders die Kirchen mit ihren Erfahrungen zurückzugreifen. Unser Ziel muß es sein, durch Lernen zu helfen.

Kirchentag in Düsseldorf: Ein Schuldbekenntnis soll politische Meinung machen

Friedensaktionen: „Mahnwachen“ vor Banken und Flughafen

Dirk Kircher

„Dieses Wort ist, so programmatisch es auch klingen mag, kein Programm, auch kein Kirchentagsprogramm. Diese Losung ist eine umfassende Zusage. Gott begegnet uns in dieser Losung als der, der die Welt und uns Menschen in ihr aus Freiheit liebt“, heißt es in der Einladung zum 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 5. bis 9. Juni in Düsseldorf zum Eröffnungssatz des 24. Psalms „Die Erde ist des Herrn“, der die diesjährige Kirchentagslosung bildet. „Wir laden Sie ein, in Düsseldorf gemeinsam über diese Zusage und ihre Folgen für unser Leben nachzudenken“, schreiben Prof. Dr. Wolfgang Huber, der Kirchentagspräsident, und D. Gerhard Brandt, der rheinische Präses, für die gastgebende Landeskirche.

Für mehr als 30 Gruppen der „Friedensbewegung“ steht dagegen das Programm schon fest. „Die Erde gehört Gott – schafft Frieden durch Gerechtigkeit“ heißt ihr Kirchentagsmotto. In der Osterwoche trafen sie sich in Düsseldorf, um Aktionen für den Kir-

chentag vorzubereiten. Zunächst wurden die Friedenstextilien um ein Stück erweitert: Zu den schon bekannten lila Dreieckstüchern kommt eine Jutetasche mit aufgedrucktem „Kampagne-Symbol“. Die kostet fünf DM und man hat gleichzeitig eine Tüte für Erde. Denn aus jeder Region sollen die Teilnehmer Erde mitbringen, „möglichst“ von Orten der Auseinandersetzung um Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung (z. B. Mutlangen, Atomkraftwerks-Bauplätzen, KZ-Gedenkstätten, atomwaffenfreien Gemeinden etc.). Mit der Erde will man symbolisch mit einer großen Waage das Modell eines Rüstungsexportgutes der Firma Rheinmetall aufwiegen. Und diese Firma wird den Kirchentag auch sonst zu spüren bekommen: Während der Tage gibt es „Mahnwachen“ vor dieser „führenden Rüstungsproduktions- und Exportfirma“ in der Bundesrepublik. Den Düsseldorfer Großbanken ergeht es ähnlich: Die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank werden in dem Aufruf zu einer „Friedenskampagne auf dem 21. Deut-

schen Evangelischen Kirchentag“ als die „größten Kapital- und Kreditgeber für Südafrikas Apartheidregime“ bezeichnet. Weitere „Mahnwachen“ sollen beim antifaschistischen Mahnmal am Nordfriedhof und beim Düsseldorfer Flughafen stehen, dem zivilen wohlgeordnet, von dem aus in den

Unsere Autoren:

Martin Birkenfeld
Moritz-Hensoldt-Straße 22
idea
6330 Wetzlar

Oberregierungsrat
Dr. Hans-Dieter Wichter
Hardt 90
4018 Langenfeld 2

Ministerpräsident
Lothar Späth, MdL
Staatsministerium
7000 Stuttgart 1

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Dirk Kircher
idea
Moritz-Hensoldt-Straße 22
6330 Wetzlar

Junitagen Zehntausende täglich in den Urlaub starten. Für die „Friedensbewegung“ ist er der „Anlandeplatz für Truppen in NATO-Manövern“. Die Düsseldorfer Polizei weiß kaum, wie sie mit diesem Kirchenrummel fertig werden soll: Kirchentag, Fronleichnamspzessionen am Donnerstag – und dann auch noch die „Friedenskampagne“. Deren Höhepunkt sind offenbar fünf Thesen, die in Düsseldorf für verbindlich erklärt werden sollen. Sie gipfeln in einem Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, die das „einzig deutliche Zeichen unseres Glaubens und der politischen Vernunft“ sei, und zur Herauslösung der Militärseelsorge aus der Struktur der Bundeswehr.

Ein „Düsseldorfer Schuldbekenntnis“ soll die Konsequenz sein, eine Art Fortsetzung des „Stuttgarter Schuldbekenntnisses“, das im Oktober 1945 vom Rat der neu-erstandenen Evangelischen Kirche in Deutschland vor Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen gesprochen wurde. Damals ging es nach einem schecklichen Krieg um die Rückkehr der deutschen Kirchen in die Gemeinschaft der Weltkirche durch das Eingeständnis der Mitschuld am 2. Weltkrieg. In Düsseldorf soll es ganz offenbar nicht mehr um Einheit unter den Christen gehen, sondern um die Durchsetzung einer bestimmten Meinung. Da heißt es zum Beispiel, man sei „mitverantwortlich dafür, daß die

eine Taufe verraten, das gemeinsame Mahl der Eucharistie zur Selbstbestätigung mißbraucht und der Eine Herr, der ein Vater aller ist, verleugnet wird.“ Wieso, das wird deutlich, wenn man in der Absage an die bisherige Friedenspolitik eine „Einladung zu einem deutlicheren Zeugnis der Kirche“ sieht. Wird da nicht die politische Überfremdung des Kirchentages vorbereitet? Natürlich, der Kirchentag ist ein Forum, wie die Verantwortlichen zu betonen nicht müde werden. Nur: Ob man einfach so zu- sehen sollte, welche Gruppe sich dieses Forum am besten zunutze macht und wie sie es organisiert, daß ausgerechnet ihre Stimme die lauteste ist, das fragt sich noch.

Aus unserer Arbeit

Wir müssen uns gemeinsam um den Frieden bemühen

Diskussion um den Beschluß der Braunsfelder Synode

Braunfels/Wetzlar: Die Unruhe, die der problematische Beschluß der Braunsfelder Synode heraufbeschworen hat, hat auch den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU auf den Plan gerufen. In einer gut besuchten Versammlung im Haus des Gastes in Braunfels diskutierten **Arnulf Borsche**, Vorsitzender des EAK Hessen, und **Friedrich Kern**, Vorsitzender des EAK Lahn-Dill, mit ihren Gästen das Thema „Christen in Verantwortung für den Staat. – Ist der Friedensdienst mit der Waffe unchristlich?“

Es waren zwei Referate vorausgegangen, in denen der eine Redner das Thema aus der Sicht der Bibel, der andere aus der Sicht des Staatsbürgers beleuchtete. Die unterschiedlichen Meinungen zur Friedenssicherung unseres Staates bestimmten die Diskussion. Die Vertreter der **Synode Braunfels** verteidigten hart ihren **Beschluß**, in dem es heißt: „**Die Synode sieht im Dienst ohne Waffen das deutlichere Zeichen christlichen Glaubens. Sie bittet die Wehrpflichtigen, vom Recht der Verweigerung des Kriegsdienstes Gebrauch zu machen.**“ – Der Bürger zieht daraus den Schluß, daß der Dienst mit der Waffe weniger christlich ist und daß die Bitte, den Kriegsdienst zu verweigern, in Verbindung mit der genannten Wertung einer Aufforderung gleicht. Dementsprechend waren die Reaktionen auf diese Aussage.

Der Appell an die christliche Verantwortung für den Staat richtete sich an die Einheit aller Christen, und so forderte Borsche dazu auf, von einem Einheitsfriedenskonzept, das vermutlich den Segen der Kirche habe, abzulassen und sich gemeinsam um den Frieden zu bemühen.

Es zeuge von einem erheblichen Druck, wenn einem gläubigen Christen seine verfassungsmäßig begründete Entscheidung für seinen Staat und die ihm von diesem auferlegten Pflichten als unchristlich attestiert würden. Der Christ, der dem Gebot der Nächstenliebe folgend für seine Mitmenschen Verantwortung trage, tue dies in der Pflichterfüllung für den Staat, der die höchstorganisierte Ordnungseinheit menschlichen Zusammenwirkens darstellt, in optimaler Weise. Wir wissen zwar aus der jüngsten Geschichte, daß man diktatorisches Handeln christlich nicht verantworten kann. Unsere Bundesrepublik aber, in der der Mensch im Mittelpunkt des politischen Wirkens steht, ist es wert, in Frieden und Freiheit bewahrt zu werden, meinte der Redner.

Der synodale Beschluß hat Unruhe gebracht. Selbst die Meinung der Synodalen, der Beschluß werde falsch verstanden, führte zu keiner Klarheit. Doch sollte der Abschluß mit dem gemeinsamen Vaterunser Hoffnung geben.

Bibelwissen statt Glauben Religionsunterricht heute

Ludwigsburg: Der im Kreis Ludwigsburg neu gegründete Evangelische Arbeitskreis veranstaltete seine erste öffent-

liche Tagung. Vor dem vollbesetzten Saal referierte die Landeselternbeiratsvorsitzende **Sieglinde Krichbaum** vor Religionslehrern und Pfarrern beider Konfessionen sowie Elternbeiräten, Kirchengemeinderäten, Stadträten unter der Tagungsleitung des EAK-Kreisvorsitzenden, **Pfarrer Ernst Bock**, zum Thema „Religionsunterricht heute“.

In ihrem sachkundigen und engagierten Referat hob Sieglinde Krichbaum unter anderem hervor, daß der Religionsunterricht eines der wenigen Schulfächer mit Verfassungsrang (Art. 12, Landesverfassung Baden-Württemberg) sei; er habe durch eine mehrfache Reform der Bildungspläne im Zusammenwirken der Kirchen, des Kultusministeriums und des Landeselternbeirats an Qualität gewonnen.

Zu seinem besseren Stellenwert in der Schule habe besonders auch beigetragen, daß er wieder zu einem versetzungserheblichen Zeugnisfach geworden sei. Positiv habe sich auch ausgewirkt, daß Schüler, die sich vom Religionsunterricht abmelden, zum Besuch des neuen Schulfachs Ethik verpflichtet sind. Dadurch werde die Abmeldung „aus gewissen Gründen“ wieder zu einer Abmeldung „aus Gewissensgründen“, betonte Frau Krichbaum. So blieb die Gewissensfreiheit im echten Sinn gewahrt, wie übrigens auch klar sei, daß im Schulzeugnis nicht der christliche Glaube, wohl aber die Kenntnis des Schülers in Bibelkunde und Religionslehre zu bewerten ist.

In der anschließenden lebhaften Aussprache, die von Pfarrer Ernst Bock geleitet wurde, fanden die von der Referentin vorgebrachten Gesichtspunkte im Wesentlichen ihre Bestätigung, wobei u. a. der

geschäftsführende Rektor der Körtal-Münchinger Schulen, Gaßner, aus der örtlichen Praxis, Pfarrer Deuchler vom Schulreferat des evangelischen Oberkirchenrats aus landeskirchlicher Sicht und die Religionslehrer Elsässer und Wittmann aus dem Bereich der Gymnasien Körtal und Ditzingen ergänzende Informationen gaben.

Der für die evangelischen Kirchenbezirke Ditzingen und Ludwigsburg zuständige Schuldekan Besemer wies unter anderem darauf hin, daß neben dem erfreulich gestiegenen Anteil staatlicher Lehrer am Religionsunterricht der Dienst der Gemeindepfarrer in der Schule nach wie vor unentbehrlich sei; deshalb sei auch ihre pädagogische Ausbildung auf einen wesentlich höheren Stand als früher gebracht worden.

Zu einigen Problemfällen richtete Siegfried Krichbaum die Bitte, etwaige Beschwerden nicht gleich bei den übergeordneten Behörden, sondern zuerst beim örtlichen Lehrer oder Schulleiter vorzubringen. Den Lehrern empfahl sie, so viel als möglich Kontakt mit den vorhandenen Schulpflegschaften zu halten.

Zum allgemeinen Problem der Unlust vieler Schüler, den Schulgottesdienst zu besuchen, überwog die Meinung, daß zwar unsere immer noch „Christliche Gemeinschaftsschule“ diesem besonders in städtischen Verhältnissen vorhandenen Trend nicht einfach nachgeben sollte, daß aber die Aufgabe, die Schüler besser zu motivieren, vor allem bei den Elternhäusern und Kirchengemeinden liege.

Pfarrer Ernst Bock, der zu Beginn die Zielsetzung des Evangelischen Arbeitskreises erläuterte – Zusammenarbeit von CDU-Mitgliedern und interessierten parteilosen Freunden aus Kirchen und Gesellschaft; gemeinsames Forum zum weiterführenden Gespräch über aktuelle und grundsätzliche ethische Fragen bildungsbezogener Art – schloß den gelungenen Abend. Weitere Veranstaltungen mit anderen Themen sind im Laufe des Jahres in Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg und Vaihingen/Enz vorgesehen.

Duisburger Gespräch: Tendenzen in der evangelischen Kirche

Duisburg: Intensive Diskussionen über „Tendenzen in der evangelischen Kirche und die Schlußfolgerungen der CDU-Mitglieder“ prägten das jüngste „Duisburger Gespräch“, das der Evangelische Arbeitskreis der CDU Duisburg unter Leitung seines Kreisvorsitzenden Reiner A. Terhorst durchführte. „CDU und evangelische Kirche sind eigentlich voneinander unabhängig und sind auf gegenseitigen Dialog ausgerichtet“, begann Rainer Wendt, Mitglied der Notgemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. und CDU-Ortsvorsitzender, sein einleitendes Referat. „Aber“, so ergänzte er, „wenn man bedenkt, wie sehr Reizworte wie

Schneller Brüder, Nicaragua und teilweise marxistische Denkstrukturen Einzug in Predigten und Verlautbarungen kirchlicher Würdenträger gehalten haben, muß man zu dem Schluß kommen, daß große Teile der evangelischen Kirche eine politische und politisierende Kirche wollen!“

Wenn es gelänge, Kirche Kirche bleiben zu lassen, so Wendt, wäre der Zug in Richtung Abspaltung oder gar Spaltung der evangelischen Kirche nicht mehr völlig auszuschließen. Diese Gefahr unterstrichen nicht zuletzt verschiedene Sammlungsbewegungen und Zusammenschlüsse, die mehr Theologie statt Ideologie wollten.

Eindeutig vertrat der Referent jedoch die Meinung, daß etwa ein Austritt von CDU-Mitgliedern nicht nur eine schlechte Lösung, sondern sogar gar keine Lösung wäre. „Die Saat der 68er Generation sei in weiten Teilen der evangelischen Kirche aufgegangen, hätte aber auch in bestimmten Teilen eine Art Gegenbewegung hervorgerufen“, meinte Wendt.

Er appellierte an die CDU-Mitglieder, sich verstärkt in ihren Gemeinden zu engagieren, um ihrer Meinung an entsprechenden Stellen Gehör und Geltung zu verschaffen.

An die „Thesen“ des Referenten schloß sich eine fast dreistündige Diskussion an, die durchweg einmütig geführt wurde. Abschließend stellte EAK-Kreisvorsitzender Reiner A. Terhorst fest, daß sich der EAK nach wie vor um einen intensiven Dialog mit den Duisburger Kirchenkreisen bemühen werde, auch wenn die bisherigen Gesprächsangebote auf wenig Gegenliebe gestoßen seien. Terhorst: „Wir dürfen die Kirche nicht allein lassen, dürfen sie nicht den einseitigen Ideologien überlassen, sondern müssen den Begriff Volkskirche wieder mit Inhalt füllen!“

Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung

– Gründung eines EAK im
CDU-Kreisverband Neckar-Odenwald –

Neckar-Odenwald-Kreis: Im CDU-Kreisverband des Neckar-Odenwald-Kreises gibt es seit 29. März 1985 einen Evangelischen Arbeitskreis (EAK). Anfang des Jahres war der Wunsch unter evangelischen Mitgliedern der CDU laut geworden, einen solchen Arbeitskreis ins Leben zu rufen. Nach einem Vorgespräch Ende Januar, wo der Entschluß zur Gründung gefaßt wurde, schritt man knapp zwei Monate später zur Tat. Eingeladen waren alle evangelischen Mitglieder im CDU-Kreisverband. Viele fühlten sich angesprochen und kamen aus allen Richtungen des Kreises. Kreisvorsitzender Dr. Heidler zeigte sich bei der Begrüßung erfreut über den regen Zuspruch, den diese Initiative gefunden hatte. Er begrüßte besonders MdB Dr. Miltner und hieß den Referen-

ten des Abends, den geschäftsführenden Vorsitzenden des EAK-Landesverbandes Baden, Dr. Michael Feist aus Karlsruhe, willkommen.

Dr. Heidler stellte eingangs heraus, daß in der CDU immer wieder deutlich werden müsse, weshalb man sich zum Christentum bekenne. Angesichts der fortschreitenden Veränderungen der Technik, Wissenschaft und Gesellschaft dürfe die Frage nach den Werten nicht verstummen. Gerade in der CDU, die sich von Anfang an als Treffpunkt der christlichen Konfessionen im Bereich der Politik verstanden habe, sei es wichtig, daß man sich im evangelischen Arbeitskreis mit diesen Fragen befasse. MdB Dr. Miltner wertete es in seinem Grußwort als positiv, daß im Neckar-Odenwald-Kreis ein Evangelischer Arbeitskreis entsteht, da die Wiedergewinnung der religiösen Dimension von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft sei.

Dr. Feist leitete seinen Vortrag zu dem Thema: „Evangelischer Christ in politischer Verantwortung – der evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU stellt sich vor“ mit einer Besinnung ein: in der Leistungsgesellschaft zählt der Erfolg. Christus kommt es auf die Frucht an. Frucht reift dort, wo das Tun mit den Händen nicht getrennt ist vom Bezeugen mit dem Mund.

Feist betonte, daß Christ sein und Politik keine voneinander zu trennenden, sich ausschließenden Bereiche seien. Sie verhielten sich eher wie Ursache und Wirkung. Es sei wichtig, daß man als Christ, der um das Woher und Wohin seines Lebens wisse, den öffentlichen Aufgaben gerecht werde. Das biblische Zeugnis sei dafür die Grundlage. Die Bibel diene jedoch nicht als eine Art Rezeptbuch, dem man Ratschläge für das konkrete Handeln im Alltag entnehmen könne. Vielmehr sei sie Grundlage für das Leben des Christen und gebe Orientierungspunkte für christliches Handeln. Es gelte Programme, Entscheidungen und Handeln in der Politik mit den Augen des Christen nüchtern und sachlich auf ihre Verantwortbarkeit zu prüfen und ggf. für andere Lösungen einzutreten. Um hierzu beizutragen, sei der EAK auf Bundesebene gegründet worden. Zwischen Kirche und Politik verstehe er sich als Brücke und Mittler. Er trete ein für sachbezogene Auseinandersetzung in und mit der Kirche und innerhalb der Union für eine Besinnung auf die christlichen Grundlagen ihres Werdens und Denkens.

Nach einem Überblick über die Tätigkeit des EAK in Bund und Land stellte Feist fest, daß in den letzten Jahren bundesweit auf Orts- und Kreisebene Evangelische Arbeitskreise entstanden seien. Mit dem EAK im Neckar-Odenwald-Kreis werde in Baden der elfte auf regionaler Ebene gebildet.

Aus allen Beiträgen der rege geführten Aussprache wurde deutlich, daß ein starkes Interesse an der Einrichtung des Arbeitskreises besteht. Zu manchen als einseitig empfundenen Äußerungen und

Verhaltensweisen in der Evangelischen Kirche wurden recht kritische Stimmen laut.

Zum Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises wählte die Gründungsversammlung **Percy Rooks** aus Mosbach, zu seinem Stellvertreter Prof. Manfred Dorsch (Adelsheim) und Karl Fuchs (Neunkirchen). In den Beirat des Vorstandes wurden folgende Mitglieder gewählt: Wolfgang Dechow (Binau), Dr. Burkhard von Gemmingen (Neckarzimmern), Helmut Gramlich (Waldbrunn), Michael Greiff (Mosbach), Rudi Guldie (Schefflenz), Dr. Karl Otto Hörner (Mosbach), Günter Hofmann (Haßmersheim), Katharina Huthert (Aglasterhausen), Helmut Märker (Osterburken), Jörg Sachs (Adelsheim), Helmut Sandmaier (Mosbach), Wilhelm Schwen-

der (Mudau), Dr. Rudolf Sigmund (Mosbach), Horst Ullrich (Ravenstein), Anita Walter (Billigheim), Dieter Zich (Buchen).

In seinem Schlußwort unterstrich Percy Rooks, daß man mit der Gründung des EAK auch im Neckar-Odenwald-Kreis das evangelische Element in der CDU sichtbar und vernehmbar machen wolle. Damit werde der Unionsgedanke unterstrichen, der die Christen der beiden großen Konfessionen im Bemühen um Politik aus christlicher Verantwortung zusammenführen will. Wie in Bund und Land, so richte sich auch im Kreis der EAK gegen keine andere Gruppierung, weder in der Union noch in der Kirche. Er möchte vielmehr in Kontakt mit den verschiedensten Gruppen zu einer Versachlichung des Gesprächs beitragen

und das Augenmerk der Union stärker auf die ethischen Bezüge des politischen Handelns richten. Deshalb befasse er sich auch nicht in erster Linie mit Tagespolitik. Er wolle sich um Inhalte kümmern und dabei christliche Grundüberzeugungen bewahren helfen. Man wolle deshalb auch mit eigenen Veranstaltungen kreisweit wirken. Die gestreute Zusammensetzung des Gesamtvorstands schaffe dafür gute Voraussetzungen.

Unter Bezug auf bekennende Worte von Altbundespräsident Professor Carstens bei seinem 70. Geburtstag stellte Rooks abschließend fest, daß der Christ das Spannungsfeld zwischen Politik und Glauben letztlich nur mit einem vertieften religiösen Bewußtsein bewältigen könne.

Buchbesprechungen

„Liebhaber des Friedens“, hsgg. von Hans Jürgen Schultz im Kreuz-Verlag, 320 Seiten mit 24 Porträtfotos, kart. 29,50 DM

Vierundzwanzig Porträts friedensstiftender Männer und Frauen aus dem 19. und 20. Jahrhundert – von Andrej Sacharow bis zu den Berrigans, von Elsa Brandström bis Martin Luther King – bringt dieser Sammelband. Auf jeweils 10 bis 20 Seiten werden sie vorgestellt von sachkundigen Autoren, die in vielen Fällen die von ihnen Porträtierten auch persönlich kennen oder kannten.

Es schreiben: Hans-Eckehard Bahr, Vilma Sturm, Karl-Klaus Rabe, Leo Kreutzer, Bernd H. Stappert, Robert Jungk, Hildegard Goss-Mayr, Wolfgang Sternstein, Jürgen Fuchs, Sture Linnér, Carola Stern, Rolf Niemann, Hans Jürgen Schultz, Ossip K. Flechtheim, Hansjörg Nikolaus Schultz, Ger van Roon, Theodor Ebert, Ulrich Herz, Walter Fabian, Hildegard Lüning, Roger Williamson, Lew Kopelew, Günter Altner, Elisabeth Endres.

„Entstanden ist ein gut zu lesendes, unglaublich anregendes Buch... Die ‚Liebhaber des Friedens‘ sind so vorgestellt, daß sie Nachahmung und Fortsetzung provozieren. Das Buch ist eine Anstiftung zu handfester Praxis, eine Aufforderung, der Kampagne der Diffamierung der Pazifisten in aller Welt mit einer anderen Kampagne zu begegnen: ‚mit der Kampagne der Diffamierung des Krieges‘.“

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Sie werden lachen – die Bibel.“ Überraschungen mit einem Buch, hsgg. von Hans Jürgen Schultz, Kreuz Verlag, 238 Seiten, kart. 26,- DM.

„Sie werden lachen – die Bibel“ – soll Bert Brecht auf die Frage nach seiner Lieblingslektüre geantwortet haben. In seinen Stücken finden sich Hunderte von Bibel-

ziten. Das Buch geht auf eine Vortragsreihe des Süddeutschen Rundfunks zurück, in der namhafte Schriftsteller und Wissenschaftler über eindrucksvolle, aber unamtliche, überraschende Erfahrungen im Umgang mit jener Bibliothek, die „Die Bibel“ heißt, berichten. Die Bibel soll vorgestellt werden als ein Buch, dessen Wirkungen weit über die professionellen Interpretationen hinausreichen. Es läßt sich weder von Priestern noch von Gelehrten mit Beschlag belegen, sondern bleibt ein Buch, das der Menschheit gehört.

„Mein Problem. Karl Rahner antwortet jungen Menschen“. Herder Verlag, Freiburg, 144 Seiten, kart. 13,80 DM.

Die Fragen und Probleme junger Menschen sind oft unklar. Nicht oft äußern sie sich. Nur wenigen der Älteren gelingt es, ihnen zuzuhören, ihnen eine Antwort zu geben.

Einen erstaunlichen Versuch hat der bekannte Theologe Karl Rahner gemacht, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Ein in seiner einfachen, unkomplizierten Weise und Sprache überraschender Briefwechsel mit jungen Menschen ist dadurch entstanden. In

„Mein Problem,

Karl Rahner antwortet jungen Menschen“ schreiben junge Leute zwischen sechzehn und fünfundzwanzig an Pater Rahner ihre Fragen und Probleme: Welchen Sinn hat mein Leben? Was tun, wenn das tägliche Leben zur Qual wird? Ich hatte voreheliche Beziehungen. An Gott glauben bei soviel Elend? Man müßte im Grunde ganz anders leben, aber wie...?

Die Antworten sind ehrlich und offen. Karl Rahner gibt keine Patentlösungen. Er nimmt jeden ernst, hört erst einmal zu, zeigt Verständnis. Seine Antwortbriefe kommen nicht „von oben runter“, sie sind ganz persönlich, wie von einem alten Freund, oft

auch kritisch, stets ermutigend. Aus seiner reichen Lebenserfahrung versucht Pater Rahner weiterzuhelfen durch einen klärenden Gedanken, einen lebensnahen Hinweis, einen praktischen Rat.

Die exemplarischen Briefe sind alle echt, nur die Namen sind geändert. So können auch andere junge Menschen sich darin wiederfinden. Ältere sind sicher froh, einen Anhaltspunkt zu bekommen, was viele junge Leute bewegt. Dem Buch ist deshalb ein breiter Leserkreis zu wünschen.

„Soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, die Sozialversicherung – System, Rechte, Leistungen“, Dr. Jürgen Spinnarke, 3., überarbeitete Auflage, 1985, 142 Seiten, kart., 9,80 DM, C. F. Müller Juristischer Verlag GmbH, Heidelberg

Sozialpolitik und Sozialrecht sind schon lange keine Domänen mehr für einen kleinen Kreis Eingeweihter. Vielmehr sieht sich heute jeder mit einer Fülle von Fragen und Problemen konfrontiert, die irgendwie mit dem Sozialleistungssystem zusammenhängen. Gibt es doch keine Zeitungsausgabe, keine Rundfunk- und Fernsehsendung mehr ohne sozialpolitische Themen. Hinzu kommt dann noch die persönliche Betroffenheit; denn der überwiegende Teil unserer Bevölkerung ist direkt oder indirekt von öffentlichen Sozialleistungen abhängig. Dieser Wegweiser soll nun – im wahrsten Sinne des Wortes – dem interessierten und betroffenen Bürger einen Weg weisen durch die recht komplizierte Organisations- und Rechtsstruktur der sozialen Sicherheit. Dabei geht es in erster Linie darum, unbelastet von Spezialwissen und juristischen Streitfragen, die wichtigsten Leitlinien und Konturen des ganzen Systems darzustellen. Die 3. Auflage berücksichtigt die neuen, einschneidenden Maßnahmen des Jahres 1984.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a.D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (02 28) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

5931*0100-003896

16/ 9

BLECKMANN, HANS
FROEBELSTR. 11

2030 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

Gar köstlich ist die Labung

Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf will die Kirchgemeinde Lintorf eine spezielle „Bibelsuppe“ anbieten. Das Rezept einer „Gemüsesuppe mit Fleischeinlage für vier bis sechs Personen“ wurde von Gemeindemitgliedern am Rande eines Bibelseminars erarbeitet und lautet wie folgt:

„Man nehme einen großen Topf, ca. zwei Liter Flüssigkeit nach Joh. 4,7, zwei bis drei Teelöffel nach Matth. 5,13 (dies sollten die Christen sein), eine Prise des dritten Gewürzes aus Matth. 23,23.

Füge sodann 250 Gramm des Tieres nach Matth. 22,4, 150 Gramm des Tieres nach Luk. 15,15 sowie drei bis vier Stück von dem, was in Hebr. 4,12 das Wort Gottes voneinander scheidet und lasse dies eineinhalb Stunden kochen.

Als dann kommen die Früchte des Gartens hinzu: zwei bis drei Sorten blumen- und knospenartiger Früchte (je 150 Gramm), die in Luk. 11,42 als drittes von den Pharisäern verzinnt wurden, drei verschiedene Gemüse, deren Gestalt in Luk. 15,16 beschrieben wird:

a) 150 Gramm Inhalt der Frucht, die man seiner Prinzessin nicht ins Bett legen sollte,

b) eine rote oder grüne Frucht nach Zigeuner Art mit lieblichem Aroma und

c) eine Frucht, zwar klein, aber dafür höllisch scharf, zwei bis vier Stück aus 1. Timoth. 6,10 (Gemüseform) – schärft den Blick –, ein Stück aus 1. Timoth. 6,10 hebt den Geschmack.

Wir runden die Suppe mit einem gesamttestamentlichen Würze-Bukett ab: Zuerst mit der besonderen Würze nach alter Väter Sitte aus Mos. 11,5 (die letzten drei Gewürze), aus Matth. 23,23 das zweite Gewürz und eventuell als Gaumenkitzel auch etwas vom ersten Gewürz – man würze damit nach persönlichem Geschmack.

Etwa eine Viertelstunde vor Ende der Kochzeit fügen wir drei Eßlöffel neutestamentliche Gewächse hinzu, die in Mark. 4,32 erwähnt werden und kleiner sind als die Staude, die aus dem kleinsten biblischen Samenkorn wächst.

Als Einlage nehme man 60 Gramm nach 1. Kor. 15,37.“

Bei Unklarheiten empfehlen die Autoren ein intensives Bibelstudium oder die persönliche Kostprobe beim Kirchentag.

(evangelische informaton 15/85)